

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Weg mit diesem „Krankenschein“!

Ohne keine Behandlung. Seit Januar Wirklichkeit. Wer krank wird und einen Arzt braucht, muss zuerst 10 Euro, den neuen „Krankenschein“, auf den Tisch legen, bevor er behandelt wird. So hatten es im Dezember im Bundestag SPD, Grüne, CDU, CSU, FDP beschlossen.

Empörung und Wut gibt es allenthalben, aber auch Resignation. Zu hören ist, „Die da oben machen ja doch was sie wollen“. Wir haben mit vielen in unserer Stadt gesprochen, mit älteren Bürgerinnen und Bürgern mit kleiner Rente, mit Alleinerziehenden, mit Arbeitslosen. Viele trifft es hart. Ein ältere Frau: „Im Januar mußte ich 25 Euro, im Februar bereits 20 Euro für Medikamente zahlen.“

Bei Enttäuschung und Wut darf man es nicht belassen - diese Praxisgebühr und die teure Zuzahlung bei den Medikamenten müssen vom Tisch.

Nicht nur einige Sozialpolitiker und Krankenkassen meinen, die Praxisgebühr ist so ungerecht, sie muß weg.

Das meinen wir auch. Deshalb bitten wir alle unsere Leserinnen und Leser: Protestiert öffentlich. Schreibt Leserbriefe, sammelt Unterschriften. Laßt Euch nicht mehr alles gefallen!

Die verständliche Wut und Empörung der Patienten richtet sich oft gegen die behandelnden Ärzte und nicht so sehr gegen die politisch Verantwortlichen und die eigentlichen Nutznießer. Die zu Kassierern und Geldintreibern degradierten Ärzte können nämlich am allerwenigsten dafür. Sie sind durch das Gesundheitssystem-Modernisierungs-Gesetz (GMG) gezwungen, für die Krankenkassen diesen „Krankenschein“ zu kassieren. Tun sie es nicht, wird ihnen dieser Betrag mit der Quartalsabrech-

nung von ihrem Honorar abgezogen. Die „Praxisgebühren“ sind also in Wirklichkeit verkappte Beitragserhöhungen der Kassen, die von der Ärzteschaft eingetrieben werden. Die kassierenden Praxen

haben nichts davon außer zusätzlicher Arbeit.

Wichtig: Die Praxisgebühr ist nur der Auftakt, dem weitere soziale und finanzielle Schandtatzen folgen sollen. Die Liste wird immer länger, je mehr Details und versteckte Regelungen des GMG jetzt zutage treten, die vorher selbst von Experten übersehen worden waren.

Ulla Schmidt (SPD) meint: „Das ist eine Lösung, mit der jeder leben kann“.



Auf den Hinweis dass die Praxisgebühr zu „erheblicher Verunsicherung in der Bevölkerung“ geführt habe, erklärte sie: „Das Thema wird sich mit der Zeit erledigen.“

Also: „Aussetzen“ im Stille Helmut Kohls ist die Devise der SPD-Ministerin.

Ähnliche Meinungen gibt es auch in der hiesigen SPD. Wir machen die horrenden Gebührenerhöhungen jetzt - „bis zur nächsten Wahl ist alles vergessen“.

Man soll sich hier nicht täuschen, „Was lange gärt, wird auch mal Wut!“ rh

MÖRFELDEN-WALLDORF

SPD und FDP beschließen umfassende Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen

Die „kleinen Leute“ vor allem werden abgezockt in Berlin, in Wiesbaden, jetzt auch in unserer Stadt. Im Stadtparlament beschlossen SPD und FDP umfassende Belastungen.

Die gravierendsten Steigerungen im Einzelnen:

Kindergarten: heute 62,50 Euro, wird ab 1. August 2004 auf zunächst 90,- Euro erhöht. Bis 2006 soll der Beitrag auf 146,- Euro (= 133%) steigen. Kitasensplatz: Steigerung um 198%.

Hort: Steigerung um 135%, Krippe: Steigerung um 37%. Friedhof: Steigerung ab 2004 = 20%, ab 2005 = 15% und ab 2006 = 10%, dazu kommen Leistungskürzungen durch weniger Personal und weniger Gruppnpflege.

Müllgebühren: Steigerung um 9%.

Außerdem: Wegfall der Schülerbeförderung zur Gesamtschule, Seniorenveranstaltungen nur noch alle zwei Jahre in einem Stadtteil, jetzt 5 Euro Eintritt. Schwimmbadfahrten nach Langen gestrichen. Bereits beschlossene Anträge der Oppositionsparteien wurden „kassiert“.

Mehr dazu Seite 6

Metaller haben Solidarität verdient

Seit Ende Januar befindet sich die Metall-Tarifrunde in der entscheidenden Phase. Die Arbeitgeber gingen bei den ersten Verhandlungen nicht auf die Forderung der IG Metall nach vier Prozent mehr Lohn und Gehalt ein. Sie legten dagegen ein Angebot von 1,2 Prozent in diesem und im nächsten Jahr vor, dabei soll der Tarifvertrag bis 31. März 2006 gelten. Weiterhin wollen die Arbeitgeber den Betrieben ermöglichen, die Wochenarbeitszeit ohne Bezahlung um fünf Stunden zu erhöhen. Ein solches Ansinnen ist unannehmbar, zumal hierdurch kein einziger Arbeitsplatz neu geschaffen wird. Dagegen hat der Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Chrysler vorgerechnet, dass bei dieser Regelung in seinem Betrieb mit 5200 Beschäftigten 400 bis 500 Arbeitsplätze überflüssig wären. Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, wies das Angebot scharf zurück und meinte: „Bei einer solchen Erhöhung springt nicht einmal ein Euro brutto pro Tag heraus“. Außerdem entsprechen fünf Stunden Mehrarbeit ohne Bezahlung einem Lohnklaus von 14 Prozent. Die Arbeitgeber betreiben mit solchen Spielen ein gigantisches Lohnsenkungsprogramm. Der Widerstand dagegen, den die Gewerkschaft zu führen gedenkt, verdient unser aller Solidarität.

Erste Warnstreiks haben gezeigt, dass die Belegschaften in den Betrieben die Zeichen der Zeit erkannt haben. Bis zum Ende der ersten Februarwoche haben sich rund 310.000 Arbeiter und Angestellte daran beteiligt. Auch bei Opel in Rüsselsheim legten 7500 und bei Opel Bochum 3500 Beschäftigte kurzfristig die Arbeit nieder. Sie kennen das Gejammer der Unternehmensbosse, wissen aber auch, dass die Metallindustrie der Bundesrepublik gut im Futter steht und als Exportnation seit Jahren den Spitzenplatz einnimmt. Bei ihren eigenen Gehältern sind die Arbeitgeber nicht so pingelig. Schon im Jahr 2002 genehmigten sich die Vorstände der Dax-Unternehmen im Durchschnitt 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Allein der Siemens-Vorstand erhöhte lt. Geschäftsbericht 2003 seine Bezüge um 20 Prozent, von den anderen großzügigen Abfindungen und Gehaltserhöhungen der Vorstands-bosse sowie den Höhen der Diäten und Pensionsansprüchen der Minister und Abgeordneten gar nicht zu reden. Es zeigt sich immer mehr, dass das Verhalten der Unternehmer in den Tarifrunden und der Sozialabbau der Regierung ein und dasselbe Machwerk sind. Kapital und Kabinett betreiben das gleiche Geschäft. Wie sagte schon Thomas Müntzer im Jahre 1524: „Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann Feind wird“.

H. H.

Städte immer ärmer

Rekorddefizite, ein Tiefstand der Investitionen und ein starker Anstieg der Sozialausgaben prägen überall das aktuelle Bild der kommunalen Finanzen. Das Gesamtdéfizit der kommunalen Haushalte – also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben – belief sich 2003 auf 9,7 Milliarden, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um über hundert Prozent bedeutet. Die Sozialausgaben stiegen um 7,7 Prozent und werden sich 2004 voraussichtlich um weitere 4,6 Prozent erhöhen. Sie liegen dann um rund 45 Prozent über dem Niveau von 1992. Selbst gesetzlich fixierte Aufgaben wie Personalausgaben und Sozialhilfe können vielerorts nur noch mit kurzfristigen Dispositionskrediten geleistet werden. Trotz gegenteiliger Versprechungen ist die von den Städten „lange ersehnte Gemeindefinanzreform beim Verhandlungspoker im Vermittlungsausschuß unter den Tisch gefallen“.

Dieser Notstand ist nicht vom Himmel gefallen, er wurde herbeigeführt durch die rot-grünen Reformen der Unternehmensbesteuerung seit 2000, durch die explodierenden Folgekosten von jahrelangem Sozialabbau und nicht zuletzt durch die Gleichgültigkeit, mit der Regierung und konservative Opposition die Reform der kommunalen Finanzen im Bundesrat vermeintlich wichtigeren Verhandlungszielen opferten. Der Umverteilung von unten nach oben, die im Jahr 1 der Agenda 2010 eine neue Dimension gewinnt, entspricht die Umverteilung von der öffentlichen Hand in private Hände. Vielerorts heißt das: Investitionen zurückfahren und kommunale Daseinsvorsorge abbauen. Jeder Bürger, jede Bürgerin bekommt das zu spüren: Freiwillige Leistungen werden gestrichen, kommunale Gebühren erhöht, städtische Bedienstete entlassen. Notwendig ist die Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente in die Gewerbesteuer, damit die kommunalen Einnahmen sicherer werden. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer könnte erheblich zur Besserung der kommunalen Kassenlage beitragen.

Geld ist genug da. Auch in dieser „blickpunkt“-Ausgabe wird es belegt.

Die Bundeswehr kann auf die teuren weltweiten Einsätze verzichten, die Großbanken und Konzerne müssen zur Kasse gebeten werden.

Kurt Tucholsky (1931)

An das Publikum

*O hochverehrtes Publikum,
sag mal: Bist du wirklich so dumm,
wie uns das an allen Tagen
alle Unternehmer sagen?*

*Jeder Direktor mit dickem Popo
spricht: „Das Publikum will es so!“
Jeder Filmfritze sagt:
„Was soll ich machen?“*

*Das Publikum wünscht diese
zuckrigen Sachen!“
Jeder Verleger zuckt die Achseln
und spricht:
„Gute Bücher gehn eben nicht!“*

*Sag mal, verehrtes Publikum:
Bist du wirklich so dumm?*

*So dumm, daß in Zeitungen,
früh und spät,
immer weniger zu lesen steht?*

*Aus lauter Furcht, du könntest
verletzt sein;
aus lauter Angst, es soll niemand
verhetzt sein;*

*aus lauter Besorgnis,
Müller und Cohn
könnten mit Abbestellung drohn?*

*Aus Bangigkeit, es käme am Ende
einer der zahllosen Reichsverbände
und protestierte und denunzierte
und demonstrierte und prozessierte...
Sag mal, verehrtes Publikum:*

*Bist du wirklich so dumm?
Ja dann...*

*Es lastet auf dieser Zeit
der Fluch der Mittelmäßigkeit.*

*Hast du so einen schwachen Magen?
Kannst du keine Wahrheit vertragen?
Bist also nur ein Griesbrei-Fresser-?*

*Ja, dann...
Ja, dann
verdienst du's nicht besser.*

Gemeinsam gegen den Flughafen ausbau

Hochbezahlte Nieten

... sie gibt es in allen Branchen, bekommen hohe Gehälter und hohe Abfindungen. Wenn sie weg müssen, stehen andere Typen dieser Art bereit.

Jeder kennt Beispiele. Toll collect, das Motodrom in Brandenburg, die Cargo-Lifter-Halle - Stichworte die für Fehlplanung, Steuergeldverschwendung und für Nieten in Nadelstreifen stehen.

Irgendwie spürt man aber, so etwas gibt es durchaus auch in unserer nächsten Nähe.

Wer das Planfeststellungsverfahren in der Garry-Halle verfolgt, bekommt jeden Tag Argumente für iederliche Fehler der Ausbauplaner. Aber auch ständig die Belege dafür, wie undurchsichtig der Fraport-Dschungel ist.

Da ist angeblick auf dem Fraportgelände kein Platz für die gigantische A 380-Halle. Tatsache ist, man hat in den letzten Jahren eine chaotische Bebauung zugelassen. Wenig Weitsicht also.

Weitsicht indes, scheint gar nicht so wichtig. Wichtig ist nur, daß man „wichtig“ auftritt. „Vorwärtsweisend, innovativ.“ Die Fraport hat sich gerade wieder einen eingekauft: Dieter Weirich (CDU), einst persönlicher Referent von Alfred Dregger. Er soll als bezahlter Meinungsma-

cher die Unternehmenskommunikation leiten und für die „optimale Außendarstellung“ sorgen. Offenbar ist der jetzige Pressesprecher Busch doch zu aggressiv mit den Journalisten umgesprungen. Konkurrenten beeindruckt, das ist wichtig. Sprücheklopfer allenthalben - die Ware gut verkaufen, darum geht es. Schließlich leben wir im Kapitalismus: Jeder gegen jeden, Wollfsgesetze. Fresen oder gefressen werden!

Man muß sich aber auch mal grundsätzliche Frage stellen. Was ist eigentlich, wenn sich die Planer in der Fraport-Vorstandesgabe, in der Regierung, bei den Banken total verrechnet haben. Wenn die Prognosen hinsichtlich der Steigerung des Luftverkehrs so gar nicht eintreffen?

Wenn Zahlungsschwierigkeiten eintreten? Wenn „Spitzenleute“ wegen Unfähigkeit oder Korruption nicht mehr haltbar sind? So weit hergeholt ist das alles nicht. Manila und Usbekistan werden ja gerade diskutiert. Also nehmen wir mal an, irgendwas passiert in dieser Richtung. Was dann? Dann ist der Wald weg und die Bauruinen stehen in der Landschaft. Wetten, dass die Herren Bender und Schölich dann „völlig unschuldig“ sind?

Ausbaufetischisten

Es ist der Sachverstand der Ausbaugegener und ihrer Rechtsanwälte, die das Planfeststellungsverfahren in der Garry-Halle oft spannend macht. Da kriegen die hochbezahlten Fraport-Leute manchmal Argumente zu hören, auf die sie gar nicht gefaßt waren. Aber auch die Vertreter des Regierungspräsidiums spüren oftmals die Qualität der Argumente der Bürgerinitiativen und ihrer Verbündeten. So sehr einen das freut, soll man sich doch nicht ruhig und gelassen zurücklehnen. Man muß illusionslos sehen, auf der anderen Seite sitzt die geballte Macht der kapitalorientierten Ausbaufetischisten.

Da redet man locker darüber, Ticona zu enteignen. Was sind da schon 1000 Arbeitsplätze?

Dass neue Arbeitsplätze auf dem Caltex-Gelände wegen der Nordbahnplanung nur schwer anzusiedeln sind, was bedeutet das schon?

Bleibt die Frage, ob der Regierungspräsident und sein Verhandlungsleiter Bikkler über den Dingen steht?

Nach allen Erfahrungen weiß man, da sitzen keine Unparteiischen, sie haben ihre Aufgabe zu erfüllen.

Natürlich müssen wir solche Verfahren nutzen - man sollte aber seinen Realismus nicht verlieren.

Das wichtigste bleibt: Die Ausbaugegener müssen daran arbeiten, dass sich der Widerstand auf allen Ebenen entwickelt.

Vertragsbruch

Interessante Dokumente wurden in unserem Rathaus gefunden:

Da versichert der Hessische Wirtschaftsminister am 10. 2. 1977:

„dass (außer dem Radarturm) keine weiteren Gebäude ... jetzt oder in Zukunft im Schonwald errichtet werden.“

Ähnliches schreibt am 26. 5. 1977 der Bundesminister für Verkehr: „Ein Eingriff in den Schonwald durch flugsicherungs-technische Einrichtungen erfolgt somit erst- und letztmalig durch die Radaranlage.“

Das erklärt auch die Flughafen Frankfurt Main AG am 13. 5. 1977: „...erst- und letztmalig!“

Die Stadt Mörfelden-Walldorf stimmt darauf dem Bau der Radaranlage zu macht aber in einem Brief (26. 6. 1977) an den Regierungspräsidenten deutlich: „Die Schreiben des Bundesministers für

Verkehr vom 26. 5. 1977 und der FAG vom 13. 5. 1977 sind bindender Bestandteil dieser Zustimmung.“

Alles Schnee von gestern?

Bürgermeister Brehl: *„Aus unserer Sicht ist der Bau der geplanten Halle an der beantragten Stelle rechtlich nicht möglich. Demnach widersprechen alle Bauvorhaben in dieser Fläche den rechtsverbindlichen Erklärungen und Verpflichtungen des Hessischen Ministeriums, des Bundesministeriums und der Fraport AG. Die Stadt fordert deshalb: „Kein Bauvorhaben im ehemaligen Schon- und heutigen Bannwald.“*

Horst Amann, Sprecher der Fraport AG: *„Es gibt 1000 Verträge, die man nach entsprechenden Verhandlungen in etwas anderes verwandeln kann.“*

Oder auch: *„Was interessiert mich mal schlacht Geschwätz von gestern?“*

Öffentliche Veranstaltung gegen Flughafenerweiterung

- Die Stadtverordnetenversammlung lädt gemeinsam mit den Evangelischen Kirchengemeinden Mörfelden und Walldorf am 10. März 2004 zu einer Veranstaltung gegen den Flughafen ausbau ein.
- Dr. Hans Diefenbacher, Beauftragter des Rates der EKD für Umweltfragen, spricht zum Thema „Wohlstand ohne Ausbau – leben und arbeiten in der Rhein/Main-Region“ und steht anschließend zur Aussprache zur Verfügung.
- Die Voraussetzungen dazu wurden im Ausschuss gegen Flughafenerweiterung erarbeitet.

Die Abfindungen und Pensionen der Bosse und Politiker

In vielen Zeitungen stehen die Fakten, „Panorama“(ARD): „Wer oben sitzt, in den Führungsetagen der Konzerne und Behörden fällt, manchmal tief, aber meistens ganz weich. Manager erhalten Abfindungen in Millionenhöhe, ausgesiedelte Senatoren oder Staatssekretäre gehen gut gepolstert in den vorzeitigen Ruhestand, abgewählte Abgeordnete genießen großzügige Übergangsgelder und raffen für den Ruhestand. Denn vor allem für das Alter ist gut vorgesorgt. Da langen viele noch mal kräftig zu.“ Aber immer noch gibt es Leute die meinen „die sind halt clever“. Manche nehmen es „gottergeben“ hin, resignieren anstatt aufzubegehren. Sagen wir es deutlich: Das da oben ist keine Elite es sind elende Abzocker. Fragen muß man auch: Was ist eine Gesellschaft wert, in der so etwas möglich ist?

Beispiele: Die Deutsche Bank machte in ihrem 130. Jahr den Rekordgewinn ihrer Geschichte: Trotz 9,8 Milliarden Euro Reingewinn werden 11000 Mitarbeiter, 14 Prozent der Belegschaft, entlassen. Aber, am Vorabend der Entlassung von 11000 Angestellten bekommt Ex-Chef Breuer eine Abfindung von 9 Millionen Euro. Sein Nachfolger Ackermann erhält 6,95 Millionen jährlich.

Klaus Esser. Der Manager verlor die Übernahmeschlacht gegen den britischen Konkurrenten Vodafone. Sein Scheitern ließ er sich auch noch hoch bezahlen. 30 Millionen Euro Abfindung.

Florian Gerster, ehemaliger Chef der Bundesagentur für Arbeit verpulverte Millionen für neue Dienstkarossen, teure Möbel, zweifelhaft Berater. Die Arbeitslosenzahlen steigen trotzdem. Seine Abfindung 430.000 Euro. Und Ruhegehälter natürlich auch. Ohne zu arbeiten, versteht sich. Er, der den Arbeitslosen jeden Job zumuten wollte.

Klaus Landowsky, CDU, Berlin. Als einer der Vorstände der Berliner Bankgesellschaft verantwortlich für den Finanzskandal, der das Land Berlin noch weiter in den Ruin trieb. Für dieses krasse Versagen kassiert Landowsky jetzt 20.000 Euro Ruhegehalt im Monat.

Ronald Barnabas Schill, Rechtsaußen, Ex-Innensenator. Faul, unfähig, geschwehert. Und dabei auch noch das Ansehen der Hansestadt Hamburg in den Dreck gezogen. Dafür wird er belohnt: 45 Jahre jung, keine zwei Jahre im Amt. Auch er kassiert. 1.000 Euro Rente, ab jetzt und lebenslang. Dazu ein Übergangsgeld: 175.000 Euro.

Günther Krause (CDU), Ex-Bundesverkehrsminister, hatte mit 39 schon ausgesorgt, trotz Putzfrauenaffäre, Raststatuenaffäre, Umzugsaffäre usw. usw. Als der Skandalpolitiker 1993 gehen musste, kassierte er gut 100.000 Euro Übergangsgeld. Und ab dem 55. Lebensjahr gibt's jeden Monat über 5.000 Euro Pension.

Reinhard Klimmt (SPD), Regierungschef im Saarland, dann Bundesminister. Rücktritt nach einer Finanzaffäre. Kassierte 100.000 Euro Übergangsgeld und kriegt jetzt 5.500 Euro Pension.

Gerold Tandler, CSU, Ex-Innenminister. Rücktritt 1990 wegen Verstrickung in die Amigo-Affären. Bekam 100.000 Euro Übergangsgelder und kassiert seitdem 6.000 Euro Ruhestandsgeld.

Margret Hartel, CDU, war mal Oberbürgermeisterin in Hanau, bereicherte sich immer wieder auf Kosten der Stadt. Kein Rücktritt. Sie ließ sich abwählen, um ihre Versorgungsansprüche zu sichern.

Agnes Hürland-Büning (CDU), vier Jahre lang Staatssekretärin im Verteidigungsministerium. Dafür gab's 140.000 Euro Übergangsgeld, außerdem 6.500 Euro Pension. Dann half sie der Industrie bei Rüstungsgeschäften, kassierte Honorare in Millionenhöhe.

Cornelia Yzer, ganze fünf Jahre war sie Staatssekretärin im Forschungsministerium. Dann lockten die Traumhonore der Pharmaindustrie. Dort nutzte sie ihr Insiderwissen als Lobbyistin. Ihr Pensionsanspruch nach fünf Jahren Arbeit: satte 5.000 Euro.

Martin Bangemann, FDP, Ex-Bundeswirtschaftsminister, dann EU-Kommissar, kassiert für sein Insiderwissen Millionen von der Industrie. Trotzdem: 8.500 Euro Pension.

Gerhard Glogowski, SPD, Ex-Regierungschef aus Niedersachsen. 1999: Rücktritt wegen diverser Sponsoring-Affären, kassiert jeden Monat 7.600 Euro Ruhegeld.

Friedrich Hennemann, Ex-Vorstandsvorsitzender des Vulkan-Konzern. Der ehemalige SPD-Politiker aus Bremen führte die Werft in die Pleite, kassierte später eine Bewährungsstrafe wegen Veruntreuung – und eine dicke Abfindung: 1,2 Millionen Euro.

Klaus Lederer führte den Babcock-Konzern in den Konkurs. Seine Abfindung zahlte die ehemalige Tochterfirma HDW: 6 Millionen Euro.

Ron Sommer gescheiterter Telekom-Chef. Seine Bilanz: T-Aktie im Keller, 67 Milliarden Schulden. Sein Abschiedsgeschenk: 11,6 Millionen Euro.

Jürgen Sengera, Ex-Vorstandsvorsitzender der landeseigenen WestLB. Die Bank verlor Milliarden, Sengera kassierte Millionen. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Beiläufig: Die Bundesrepublik Deutschland gibt jedes Jahr über 50 Millionen Euro nur für ausgeschiedene und gescheiterte Minister und Staatssekretäre aus. Die Löhne der Arbeitnehmer stiegen 2002 um 1,5 Prozent, die Gehälter der Topmanager um 14 Prozent.

Das Jahr 2004 bringt für die „kleinen Leute“ viele neue Belastungen: Die Bundesregierung, Sozialdemokraten und Grüne, betreiben Sozialabbau auf allen Ebenen und nennen es „Agenda 2010“, der hessische Ministerpräsident Koch nennt es „Operations sichere Zukunft“ und die SPD/FDP am Ort „Konsolidierungsprogramm“.

Herzlichen Dank allen, die dem »blickpunkt« helfen. Jeder Euro hilft die Zeitung zu erhalten!

Das »blickpunkt«-Spenden-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau Konto 9003419, BLZ 50852553



Esser
erhielt 32 Millionen

Der Chef der Deutschen Bank
Ackermann

„Sie gehören eigentlich in den Knast!“

In Düsseldorf läuft der „spektakulärste Wirtschaftsprozess“ in der an Affären nicht armen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - der sogenannte Mannesmann-Prozess.

Zur Vorgeschichte: Im Jahr 2000, nach einer erbitterten Übernahmeschlacht, wurde die Mannesmann AG für die Rekordsumme von 180 Milliarden DM durch den Konkurrenten Vodafone übernommen und damit der Mobilfunkanbieter D 2 britisch.

Dann kam es zum berühmten „goldenen“ Handschlag zwischen den beiden Bossen Esser und Gent. Der als „Verlierer“ bezeichnete Vorstandschef Esser strahlte. Zwar war Mannesmann „verloren“, doch bekannt gewordene satte

Was Bosse „verdienen“:

DaimlerChrysler 50,8 Mill. Euro
Steigerung zum Vorjahr 130%

Infineon 4,4 Mill. Euro
Steigerung zum Vorjahr 278%

Siemens 22,0 Mill. Euro
Steigerung zum Vorjahr 93%

Lufthansa 3,8 Mill. Euro
Steigerung zum Vorjahr 100%

RWE AG 9,5 Mill. Euro
Steigerung zum Vorjahr 65%

Aus „Managermagazin“ 2003

Abfindungen von allein 32 Millionen an ihn und weitere 80 Millionen Mark an seine übrigen Managerkollegen sollten die „Niederlage“ versüßen.

Die Staatsanwaltschaft hat nun sechs am Vorgang Beteiligten Untreue und weitere Verstöße gegen das Gesetz vorgeworfen. Zuständig für die Bewilligung der Zahlungen, wie die Ermittlungen ergaben, waren u. a. die jetzt Beklagten Herren Funk (Ex-Aufsichtsratsvorsitzender), Deutsche Bank-Chef Ackermann (Mitglied im Mannesmann-Aufsichtsrat) und der damalige Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel (Mitglied des Aufsichtsrats).

Hört man diesen Ackermann vor Gericht, erahnt der Beobachter die Wertschätzung, die dieser Mann bei Kapital und Kabinett sowie ihren Politikern genießt.

Das Zuschieben der Millionen-Abfindungen an die Ex-Vorstände begründet er so: „Wir haben uns vom Prinzip der Leistungsgerechtigkeit leiten lassen“. Und: Es sei „eine außergewöhnliche Anerkennung für eine außergewöhnliche Leistung“ gewesen.

Betroffen macht, dass ein ehemals führender Gewerkschafter Klaus Zwickel nicht als Belastungszeuge, sondern als Mithandelnder neben diesen Gesellen auf der Anklagebank sitzt. Die Einlassungen von Klaus Zwickel vor Gericht, die Beschlüsse seien in hektischer Eile und über Telefon getroffen worden, seine Stimmhaltung sei jahrzehntelange „Mitbestimmungspraxis“-blamabler kann das Auftreten eines ehemaligen Gewerkschaftsführers in der Öffentlichkeit kaum sein.

Fragt man die Leute, was sie von diesen „Abfindungen“ halten hört man oft: „Eigentlich gehören diese Typen in den Knast!“

Eine neue Politik, nicht neue Köpfe braucht das Land

Wer mit Sozialdemokraten diskutiert, hört immer wieder zwei Sätze: „Bei den Schwarzen wäre alles noch viel schlimmer“ und „Es gibt zu dieser Politik keine Alternative“.

Der erste Satz könnte stimmen, der zweite ist Dummheit pur.

Nach den Massenaustritten aus der SPD und dem Blick auf Umfragetiefs gab es in der SPD-Spitze Äußerungen: man müsse ein paar Köpfe austauschen. So geschah es.

Doch mit dem einen oder anderen neuen Kopf wird sich nichts ändern, solange Kanzler Schröder an der Grundrichtung



Münchener:
„Kein Schritt zurück!“

seiner Politik festhält. Es ist eben keine Frage der Vermittlung, sondern eine Frage des Inhalts von Politik, wenn vor allem die kleinen Leute durch die so genannten Reformen belastet werden, die Vermögenden und die Konzerne dagegen ungeschoren davonkommen.

Wenn eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung chronisch Kranke zum Einsparpotential einer Gesundheitsreform macht und selbst Sozialhilfeempfängern Zuzahlungen abverlangt, die Pharmaindustrie aber nur symbolisch heranzieht, muss sie sich nicht wundern, dass sich die Wählerinnen und Wähler ob dieser schreienden Ungerechtigkeit von ihr abwenden. Sozialreform à la Rot-Grün und Union heißt: die kleinen Leute zahlen drauf, die Großen werden verschont. Die große Koalition des Sozialabbaus kündigt denen die Solidarität ab, die sie am nötigsten brauchen. Während sich Deutsche-Bank-Chef Ackermann in den nächsten beiden Jahren über eine Steuerentlastung von 400.000 Euro freuen darf, haben Millionen weniger in der Tasche als im Jahre 2003. Deutschland braucht einen Richtungswechsel der Politik.

AUS DEM STADTPARLAMENT

Parlament von hinten

Rathaus Walldorf. Stadtverordnetenversammlung am 10. Februar. Der Auftakt irgendwie anders. Sozialdemokraten kommen in den Sitzungssaal setzen sich, stehen wieder auf, schauen in die Runde. Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet. Bedeutungsschwer schlurft der Fraktionsvorsitzende der SPD zum Pult, beantragt die Tagesordnungspunkte 4 bis 16 etc. sollen ohne Diskussion abgestimmt werden. Graune auf den hinteren Rängen. Die Amtsleiter und andere städtische Angestellte auf den Zuschauerbänken stecken die Köpfe zusammen.

Da dämert's dem einen oder anderen: Die SPD/FDP-Minderheitskoalition ist heute nicht in der Minderheit.

Die CDU verlangt eine Sitzungspause. Gewährt, sagt die Stadtverordnetenvorsteherin. „Wie lange denn...“ ruft sie der CDU nach. „Eine halbe Stunde“ hört man noch aus der Tür.

Gemurmel: „E bissje viel!“, „Geht doch net!“

Egal, parlamentarischer Brauch, und so. Die Presse zählt: „bei der CDU und der DKP/OL fehlt jemand“, „die SPD/FDP hat heute die Mehrheit!“

Ach so.

Die CDU wieder da, der Fraktionsvorsitzende lamentiert, protestiert. Ist gefrustet, schließlich hatte die CDU vor der Sitzung der SPD noch ein schriftliches Angebot gemacht, in der angedeutet wurde, wie die CDU mitmachen könnte. Dann wird's irgendwie heiß im Saal. Ein Pressemann sitzt nur noch im weißen Leibchen hinter der Bank - es wird abgestimmt - SPD/FDP zieht durch. Wie beim Opel am Band. Zack, Zack - noch ne Erhöhung, noch ne Leistungskürzung.

Erste Betroffenheit, selbst einige Sozialdemokraten gucken irgendwie betropelt.

Gespräche bei Zuschauern, „das geht doch net!“

Doch es geht. Die SPD hat eigentlich keine Mehrheit, aber heute doch, also wird die Chance genutzt - gnadenlos. Man beschließt die größten Belastungen für die Bevölkerung die es je in unserer Stadt gab.

Bei einer kleinen Nachdebatte, tritt der Vertreter der Partei der „Besserverdie-

nenden“ ans Pult. Im Todschicken „Raiffeisen-Smoking“ verteidigt der FDP-Mann das Geschehene. SPD-Leute ganz hinten hauen vor Begeisterung bald die Tische klein.

Dann Auftritt eines jungen Sozialdemokraten, der mal ganz viele Stimmen aus Versehen bekam, er beantragt, abzustimmen über E 1, E 2, E 3, E 605 usw. Endlose Zahlen. Aufstöhnen in der Pressebank und anderswo.

Hat keiner dabei, war ja alles vor vielen Wochen...

Ich krieg Schüttelfrost, geh heim. Erlebe nicht mehr, wie die CDU dann endgültig

den Saal verläßt und diverse Verdächtigungen diskutiert werden. Ein „wunderbarer Abend“.

Erster Nachsatz:

So geht es wirklich nicht. Die SPD, seit Jahre an satte Mehrheiten gewöhnt, ist völlig durch den Wind.

Wer schamlos bei Abwesenheiten, bei solchen Themen durchzieht, handelt nicht verantwortungsvoll, schafft ein Klima in der künftig alles schwieriger wird. Politikverdrossenheit - so wird sie gemacht. Rudi Hechler

Kleine Vorgeschichte

SPD und FDP machten vor der Stadtverordnetensitzung den anderen Parteien ein eigenartiges „Angebot“.

„Angeboten“ wurde eine Art Koalition und ein ehrenamtlicher Dezernent in der Stadtverwaltung bei Zustimmung zu den geplanten Gebührenerhöhungen.

Man solle darüberhinaus den Haushaltsplänen bis Ende der Legislaturperiode zustimmen - dieser Bereich sei dann aber „nicht verhandelbar“.

Also, man wollte einen weiteren Schreibtisch im Rathaus, bot einen Teilzeitdezernenten an. Das nannte man dann: Machtteilhabe. Bei der CDU und den Grünen wurde das Angebot eines Postens durchaus positiv diskutiert. Man zierte sich aber noch.

Die DKP/OL-Fraktion hatte dieses Angebot der Stadtverordnetenfaktionen von SPD und FDP als nicht akzeptabel bewertet und entschieden, nicht darauf einzugehen.

In der Antwort an die SPD-FDP-Koalition hieß es u.a.: „Das Angebot von SPD und FDP an alle Fraktionen im Stadtparlament macht für die DKP/OL-Fraktion eines deutlich: An weiteren Gesprächen mit uns hat die SPD/FDP-Koalition offensichtlich kein ernsthaftes Interesse.“

Was die SPD/FDP-Koalition in ihrem „Angebot“ als Geschäftsgrundlage für „nicht verhandelbar“ erklärt, ist von unserer bisherigen Gesprächsgrundlage in der Haushaltsdebatte meilenweit entfernt. Was SPD und FDP anbieten mag ernst gemeint sein, wir halten es für unserios und fühlen uns davon in keiner Weise angesprochen.

Wir wollen keine Koalition.

Wir wollen keinen Dezernenten.

Wir werden den Haushalten 2004 bis 2006 nicht zustimmen und die vorgesehenen Gebührenerhöhungen ablehnen.“

Das „Entgegenkommen“ der SPD

Gespräche der einzelnen Parteien mit der Koalition (SPD/FDP) zum Einlenken im Haushaltsstreit fanden statt. Die Grünen forderten einen Stadtrat und die CDU den Verkauf von Goldenem Apfel und Waldenserhaus, darüber hinaus Privatisierung von Schwimmbad, Bauhof und Personalreduzierung in der Verwaltung. Die SPD machte ein Angebot ohne Macht zu verlieren.

Wer solche Machtspielchen veranstaltet, sollte anderen nicht vorwerfen, dass sie „Spielchen“ treiben.

Erstaunlicher Sinneswandel

Der Förderverein Umwelt- und Naturschutzzentrum Jagdschloss Mönchbruch hat eine Stiftung gegründet. „Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung zur Erhaltung der denkmalschutzwürdigen Bausubstanz. ...“, steht in der Satzung.

Die Besetzung des Stiftungsvorstands liest sich wie die Teilnehmerliste einer SPD-Versammlung. Welche Hoffnungen und Erwartungen damit verbunden sind, wurde in der Presseberichterstattung dargestellt. Öffentliche Aufmerksamkeit gehört sicher auch dazu.

Ob mit diesem Vorstand eine gute Wahl getroffen wurde, wird sich in nächster Zeit weisen. Damit wir uns richtig verstehen: Wir sind nicht gegen eine Stiftung, die sich den Erhalt der historischen Gebäude zum Ziel gesetzt hat. Im Gegenteil. Die DKP/Offene Liste hatte im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, nach dem der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf beauftragt wird, schnell größte Anstrengungen zu unternehmen, den weiteren Verfall des Jagdschlosses Mönchbruch zu verhindern. Zu diesem Zweck sollten unverzüglich alle Möglichkeiten überprüft werden, wie mit dem Eigentümer und dem Förderverein Umwelt- und Kulturzentrum Jagdschloss Mönchbruch e.V. gemeinsam mit dem Kreis Groß-Gerau und dem Land Hessen sicher zu stellen ist, dass dieses in unserer Stadt und im Kreis einmalige Kulturerbe erhalten, umfassend restauriert und öffentlich genutzt werden kann.

Dieser Antrag wurde von der SPD übriggens im September letzten Jahres im Verein mit FDP und CDU abgelehnt. Ebenso der Antrag, die Gründung der Stiftung zu unterstützen.

Jetzt sind wir allerdings echt gespannt, welche Impulse für den Erhalt und die zukünftige Nutzung des Jagdschlosses von der Stiftung ausgehen. Wir wünschen dem Stiftungsvorstand, dass erfolgreiche Anstrengungen im Sinne des erklärten Stiftungszwecks unternommen werden. Unsere Erwartungen, dass es bei dem einen oder anderen Sozialdemokraten einen echten Sinneswandel gegeben hat, sind nach den Erfahrungen in der Antragsdebatte zur Sache im vergangenen Jahr eher gedämpft. GS

Kreissport-Entwicklungsplan

Mach doch einen Plan und sei ein kluges Licht... Diesen Satz von Bertolt Brecht kam mir in den Sinn, als ich den Antrag zur Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes in Händen hielt und den Inhalt studierte. Früher bezog man sich auf die Olympische Gesellschaft und deren „Goldenen Plan“, der Sollgroßen für Flächen pro Einwohner für die verschiedensten Sportarten vorsah. Weil diese Pläne aber nur vage Absichtserklärungen waren und kein konkretes Handeln daraus folgte, will man jetzt neue Wege gehen. Die einzelnen Kommunen des Kreises sollen mit Vereinen, „betroffenen Bürgern“ und Kreis einen Plan erarbeiten, der „den heutigen Anforderungen an eine zeitgemäße Sportentwicklung am ehesten gerecht wird“.

Im Konkreten heißt das: Ein Büro wird beauftragt diesen Plan zu erstellen. In der Vergangenheit plante und bezahlte der Kreis alleine. Nun sind im Haushalt unserer Stadt 8000,- Euro dafür einzustellen. Aber diese „Kooperative Planung“ – welch hehre Bezeichnung! – zielt nicht auf den Neubau von Sportstätten ab, sondern auf die „qualitative Verbesserung von Sportgelegenheiten“, z. B. Bolzplätze, Schulhöfe, Trimm-Pfade. (Letztere wurden bei uns zur Gesunderhaltung der Bevölkerung abgebaut.) Angesichts leerer Kassen der öffentlichen Haushalte kann man sich vorstellen, was aus den Plänen wird. Ein Fall für den Papierkorb. Und dafür wird Geld ausgegeben. Rudolf Dötsch

VORANZEIGE

DKP-Versammlung zur Europawahl

**Freitag, 26. März 2004
20 Uhr**

Bürgerhaus Mörfelden

**Es spricht:
Heinz Stehr,
Vorsitzender der DKP**

Oben pfui - unten hui

Das haute mich fast vom Sessell! Da schreiben die Grünen unter der Überschrift „Gesundheitsministerin macht Kranken das Leben schwer“ von den Schweinern, die diese Ministerin im Zusammenwirken mit der rechten Opposition zusammen gezimmert hat. Nur ein Politiker der Grünen, Christian Stroebel, wird als Neinsager gegen die Gesundheitsreform“ angeführt. Die Mehrheit der Grünen hat im Bundestag für die asozialen Gesetze gestimmt. Das soziale Mäntelchen der Grünen unserer Stadt ist löchrig. Sie meinen sich mit ein paar dürftigen Worten aus der Verantwortung ihrer Partei stehlen zu können. Beiläufig: Auch die Kürzung des Arbeitslosengeldes, der „Hartz-I- bis -IV“-Gesetze ist mit Zustimmung der Grünen verabschiedet worden. Rudi Dötsch

Scheinheilig

Die Grünen machen sich stark gegen höhere Kitagebühren. Gut so! Doch ist es noch nicht lange her, da waren sie für die Anhebung der Elternbeiträge. Zwar immer in kleinen Schritten, aber jährlich. Erst durch die frühere „Tolerierungsvereinbarung“ von DKP und SPD wurde dies gestoppt. rd

**Für ein anderes Europa
ohne Sozialraub
ohne Kriegshetze**

**Veranstaltung mit
PDS-Landesvorsitzenden
Ulrich Wilken
und
Wolfgang Gehrcke
PDS-Bundesvorstand**

**Am 24. 3. 2004
19.30 Uhr**

**Stadthalle Rüsselsheim
Lasallesaal**

Stadtgeschichten



Auch in unserer Stadt erfasst jedes Jahr zum Höhepunkt der Fastnacht das närrische Treiben auch die Kleinsten. Sie haben Spaß am Verkleiden, sind ausgelassen und zu Streichen aufgelegt. Am Fastnachts-Sonntag im Jahr 1965 wackelte die Wand des Mörfelder Naturfreundehauses, als zum Kindermaskenball geladen war. Auf dem Foto sitzt die wilde Horde bereits erschöpft auf den Stufen zur Bühne, denn die Musiker hatten gerade einmal eine Pause eingelegt. Aber schon bald ging es wieder los mit Humba, Humba worauf die Tanzmariechen, Cowboys, Sheriffs und die kleine Ungarin sich singend und beineschwingend im Kreise bewegten. Die damalige Kindergruppenleiterin der Naturfreunde, Sophie Haag mit Tirolerhut, inmitten der kleinen Närrinnen und Narren, hatte an diesem Tag sicher alle Hände voll zu tun. Links neben ihr sehen wir noch Erich Berk und Achim Keim. Ganz rechts verkleidet als Ungarmädchen Elke Klug und auf dem Stuhl sitzend Bernd Kohn. Die Musiker waren damals v. links Willi Schulmeyer, Werner Groß, Kurt Kohn und Inge Roth.



KuBa

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

10.03.04 Film über Rosa Luxemburg
Wir zeigen diesen Film anlässlich des
Weltfrauentages am 8. März.
Eintritt: 2 Euro - Beginn: 19.00 Uhr

11.03.04 „Rettet das Vinyl“
Schalplattenabend mit Platten der
Interpreten mit dem
Anfangsbuchstaben E.
Beginn: 20.00 Uhr

13.03.04 KHAN-Connection #5: Reggae
Veranstaltung zur Entstehung des
Reggae. Film und DJ-Set.
Eintritt: 2 Euro - Beginn: 19.00 Uhr
20.03.04 Konzert: Chickenhead

Mit der Band Chickenhead tritt ein
Mörfelden-Walldorfer Klassiker im
Kulturbahnhof an. Es gibt Rock-Covers,
Oldies und Soul.
Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 5 Euro
Einlaß: 20.00 Uhr

21.03.04 Ausstellungseröffnung
Vom 21.03.04 bis zum 18.04.04 sind
Bilder und Zeichnungen der Walldorfer
Künstlerin Christina Schmitz im
Kulturbahnhof zu sehen.

21.03.04 Lesung
Peter Härtling liest aus seinem neuesten
Jugendbuch „Reise gegen den Wind“
Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro
Beginn: 17.00 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Wie mer schafft,
so isst mer aach.